

Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit

Lilienbrunnngasse 18/2/47

1020 Wien

ZVR-Nr: 78 54 32 196

Wien, am 9.3.2020

Kollektivvertragsverhandlungen in der Sozialwirtschaft Österreich -

bOJA, bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit fordert Abstimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugunsten der jugendlichen Zielgruppen

Offene Jugendarbeit begleitet und fördert Jugendliche auf ihrem Weg in die erwachsene Selbstständigkeit. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe und Integration, insbesondere für junge Menschen aus sozial- und bildungsbenachteiligten Familien.

Die 630 Jugendzentren und Einrichtungen der mobilen Jugendarbeit sind Teil der Sozialwirtschaft Österreich und erreichen mit ihren niederschweligen Angeboten jährlich etwa 250.000 Jugendliche in Österreich. Die rund 2.100 Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit sind betroffen von den derzeitigen schwierigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeberseite und Gewerkschaften.

bOJA als die bundesweite Vertretung des Handlungsfelds weist darauf hin, dass gerade in einem ressourcenschwachen Feld der Sozialen Arbeit, das – oftmals ohne gesetzliche Fördergrundlagen - abhängig von Fördergebergunst ist, eine Arbeitszeitverkürzung zu drastischen Einschränkungen von Angeboten führen kann. In den meisten Bundesländern sind nicht einmal die jährlichen kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen vorgesehen, geschweige denn etwaige sonstige Kostenerhöhungen. Außerdem wird mit einer Arbeitszeitverkürzung alleine ein Handlungsfeld wie die Offene Jugendarbeit nicht attraktiver für Beschäftigte, wenn nicht auch andere Rahmenbedingungen, wie Betreuungsschlüssel, Qualifikationen oder mehrjährige Förderverträge angegangen werden.

Ohne einen umfassenderen Ansatz geht die an und für sich gesellschafts- und gesundheitspolitisch wichtige Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung letztendlich auf Kosten der Nutzer_innen von professioneller Jugendarbeit.

bOJA fordert im Sinne der jugendlichen Zielgruppen einen Schulterschluss von Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen. Diese sind aufgerufen ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsam die Interessen der Nutzerinnen bei den Fördergeberstrukturen zu vertreten. Letztendlich sollten im Bereich der Sozialwirtschaft beide Seiten die gleichen Ziele verfolgen und bei den Fördergeber_innen an gesellschaftliche Verantwortung appellieren.